



SCHWERPUNKTE :

- 2. ordentliche MV der VDS
- Hochschulentwicklungsplan
- Studienreformkommissionen a la AG GEISTESWISSENSCHAFTEN

rds

INTERNATIONALER STUDENTENAUSWEIS

Der Verkaufspreis für den internationalen Studentenausweis ist von 4 Mark auf 4,50 Dm erhöht worden. Sofort wurde der RDS (Reisedienst deutscher Studentenschaften) mit dieser Sache in Verbindung gebracht. Von ihm wußte man, daß er einigermaßen verschuldet ist und es war anzunehmen, daß er sich über 50 Pf mehr pro Ausweis zumindest teilweise gesunden wolle. Dem war nicht so.

Zunächst zum RDS : der RDS wurde im letzten Jahr auf der 1. ordentlichen Mitgliederversammlung der VDS gegründet. Er besteht aus einem Geschäftsführer, 5 Aufsichtsratsmitgliedern (gestellt von den 5 Vorstandsfraktionen der VDS), einer zentralen Stelle in Bonn und mehreren Unterabteilungen. Der AStA der THD bildet eine sog. studentische Annahmestelle, die dem RDS Süd-West in Karlsruhe - eine sog. Zweigstelle - unterstellt ist.

Schon nach der Gründung des RDS riß ein großes Schuldenloch ein, allein die baden-württembergischen Studentenschaften gewährten ein Darlehen von ca. 30.000 DM. An mehreren Hochschulorten bestehen Konkurrenzunternehmen zum RDS, wie zB. die AGS, die aufgrund noch gültiger Übereinkünfte mit den Asten den Namen Studentenreisen tragen dürfen. In ihrer Funktion als Konkurrent haben sie jedoch häufig ein Interesse am finanziellen Bankrott der RDS. Das es dies zu verhindern gilt liegt nicht nur daran, daß der RDS billige Flugreisen anbietet

oder ähnlichem, sondern, weil er kein Profitunternehmen ist und aus den Geldern der bundesdeutschen Studentenschaften finanziert und getragen wird. Inzwischen wurde der Geschäftsführer gewechselt und durch Umorganisation, Vermeidung riskanter Geschäftsabschlüsse mit Reiseunternehmen und anderem, wird nun versucht aus dem Minusbereich möglichst schnell herauszukommen.

Wie kam nun die Erhöhung auf 4,50?

Auf der letzten Sitzung der "international student travel conference" (ISTC; Herausgeber von Ausweis und Marken) wurde diese Festlegung getroffen. Die ISTC hat als einzige Organisation ihrer Art das Prädikat, international anerkannt zu sein, was manches andere Unternehmen (zB AGS) versucht vorzugeben. Bereits im letzten Jahr versuchte die ISTC eine Anhebung der Preise auf 5 Mark durchzusetzen, was von der RDS bislang verhindert wurde.

Was geschieht mit den 4,50 DM?

Die Mitglieds-Asten der VDS bezahlen 2,70 DM für die Marken. Davon gehen 1 Mark an den ISTC und 1,70 DM an die Verkaufsstelle, 1,80 DM bezieht der RDS. Im Vergleich zum alten Preis heißt das nun, daß der RDS 30 Pf. und die Asten 20 Pf mehr erhalten und die ISTC nach wie vor 1 Mark.

Wir werden diese Gelder über einen Rechtshilfefonds und Freitische wieder den Studenten zugute kommen lassen.

vds 2. o. MV Köln 77

Das letzte Jahr war an den Hochschulen geprägt von einer wachsenden Unruhe. In Darmstadt streikten die Studenten der TH im SS gegen das HRG. Im WS fanden an allen FHs und vielen Unis Streiks gegen das HRG statt. An der TH wurden 2 Tage lang die Vorlesungen boykottiert. Dies verdeutlicht noch einmal, daß die Studenten bereit sind, sich gegen die massiven Angriffe durch das HRG, die Diplomprüfungsordnung und die schlechte soziale Lage zu wehren. Die Studenten der THD beschloßen auf ihren Vollversammlungen während des Streiks, den Dachverband aller deutschen Studenten, die VDS, aufzufordern, bundesweite Aktionen und einen bundesweiten Streik gegen das HRG zu organisieren, da nur so das Gesetz vom Tische zu bringen ist.

Entsprechend seinem Auftrag von der VV stellte der AStA der THD auf der VDS-Mitgliederversammlung dahingehende Anträge. Wir sind der Meinung, daß die VDS zum Handeln kommen muß. Ihre Funktion muß sein, die Aktionen der Studenten gegen die Verschlechterung der Studiensituation und der sozialen Lage bundesweit zu vereinheitlichen.

Bisher waren die Mitgliederversammlungen der VDS immer von einer ausgiebigen Diskussion über die "Hauptresolution" geprägt, die meist einen sehr abstrakten und theoretischen Charakter hatten. Eine solche "Hauptresolution" ist nicht geeignet, den Studenten in ihrer konkreten Situation und in ihren Auseinandersetzungen gegen die Verschlechterungen eine Perspektive zu geben, die heute unbedingt nötig wäre.

Die Hauptresolution der letzten VDS-MV wanderte dann auch bei den meisten ASten in den Aktenordner. Sie blieb in der abstrakten Diskussion stecken. Deshalb haben wir eine solche Hauptresolution abgelehnt.

Wir sind mit dem Beschluß zur VDS-MV gefahren, dort über eine Aktionsplattform zu diskutieren, welche die Forderungen der Studenten zusammenfaßt und bundesweite Aktionen definiert.

Was muß nach dem jetzigen Stand der "Bewegung" von den VDS geleistet werden?

Die Stärke der Auseinandersetzungen an den Hochschulen im WS hat deutlich gemacht, daß sehr viele Studenten bereit sind, gegen das HRG und die Verschlechterungen ihrer Studienbedingungen aktiv zu werden. Eine größere Durchschlagkraft können die bisher sehr unkoordiniert abgelaufenen Aktionen nur dann gewinnen, wenn durch eine offene Diskussion zwischen den gesamten Studentenschaften (und nicht nur zwischen ASten und den politischen Gruppen) versucht wird, eine gemeinsame Aktionsplattform, auf der die Streiks, Demonstrationen etc. aufbauen, zu formulieren und gemeinsam bundesweit für diese Forderungen zu kämpfen. Darüber hinaus müssen selbstverständlich in den einzelnen Bundesländern Aktionen zu mehr landesspezifischen Themen koordiniert werden.

Klärung der Aktionsformen

Vordringliches Ziel einer Diskussion über das Weitere Vorgehen z.B. gegen das HRG muß sein, die Aktionsformen so zu diskutieren, daß alle Studenten so weit wie möglich miteinbezogen werden. Es kann also nicht darum gehen, daß ein Streik von den ASten mit solchen Zielen vorbereitet wird, daß nur die Studenten, die in jedem Punkt mit dem politischen Programm der den AStA tragenden Gruppe(n) einverstanden sind, diesen Streik unterstützen und mittragen können. Vielmehr kann nur dann ein erfolgreicher - von der großen Mehrheit der Stu-

dentem unterstützter - Streik zustande kommen, wenn die Forderungen sich auf konkret erfaßbare Ziele beziehen. Deshalb muß die Zielsetzung der VDS sein, eine solche Grundlage für die studentischen Kämpfe zustandezubringen und sich nicht mit überwiegend abstrakten Einschätzungspapieren, die vor Ort nicht umsetzbar und für die Studenten keine Auswirkung haben, zufriedenzugeben.

Darüber hinaus muß geklärt werden, wie die Studenten am wirksamsten gegen HRG, Landeshochschulgesetze, politische Disziplinierung etc. vorgehen. Hier kann ein Erfahrungsaustausch über die Fragen, die sich an jeder Hochschule gleichermaßen stellen (wie informieren wir die breite Bevölkerung über die Zielsetzungen der Aktionen und versuchen, ihre Unterstützung zu bekommen? Welche Möglichkeiten bieten sog. "alternative Veranstaltungen", um eine große Zahl von Studenten auch während eines Boykotts an der Universität zu halten u.v.m.?) erheblich dazu beitragen, daß die teilweise an den Hochschulen sehr ineffektiv ablaufenden Streiks an Durchschlagskraft gewinnen.

Der seit zwei Semestern von der Vollversammlung der TH geforderte bundesweite Streik muß endlich über die Beteuerung hinaus "im nächsten Semester" konkret diskutiert werden. Die Vorbereitungen müssen beginnen. Bisher ist in der BRD noch keine bundesweite Urabstimmung durchgeführt worden, es muß aber auf jeden Fall sichergestellt sein, daß es nicht schon bei einer solchen Abstimmung aufgrund schlechter Vorbereitung zum Scheitern der gesamten Aktionen kommt.

Ablauf der VDS-MV

Die Ankunft in Köln brachte jedoch eine Enttäuschung: der Beginn der VDS-MV, der am Sonntagmittag mit der Stimmausgabe der ASten sein sollte, zögerte sich immer wieder

hinaus. Erst am Abend konnte sie beginnen. Auch der Montag verging mit heftigen bürokratischen Auseinandersetzungen über die Tagesordnung und den Verlauf der MV.

Schließlich konnte aber doch am Montagabend mit dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes der VDS begonnen werden.

Die RCDS-ASten Uni Bonn und Uni Karlsruhe erhielten kein Stimmrecht auf der MV, da sie die Mitgliedsbeiträge (bei Bonn mittlerweile ca. 100 000 DM) verweigert und trotz mehrmaliger Mahnung nicht bezahlt hatten.

Während bisher immer ein geschlossener Rechenschaftsbericht aller in den VDS vertretenen Fraktionen vorgelegt wurde, wurde jetzt von den Fraktionen einzeln ein Bericht vorgelegt. (Ein Bericht des Vertreters von MSB/SHB, einer von den BG und einer von Juso/LHV).

Die Bilanz der Berichte kann man dahingehend zusammenfassen, daß die Aufgabe der VDS, die Studentenschaften zu koordinieren, nicht geleistet worden war. Trotzdem wurde der Vorstand entlastet. Die Basisgruppen stimmten gegen die Entlastung des Vorstands, weil er während der Streiks im Dezember nur mangelhaft die Bewegung koordiniert und die Aktivitäten der Studenten nur wenig unterstützt hatte. Zum Beispiel haben die vds bis heute noch nicht über die sehr massiven Auseinandersetzungen in Berlin während des letzten halben Jahres berichtet und waren offensichtlich nicht informiert.

Auch auf dieser vds-MV wurde wieder deutlich, wie wenig die vds für eine internationale Zusammenarbeit der Studenten initiativ wird.

Ausländische Studentenschaften wurden nur teilweise eingeladen (z.B. nicht einmal die streikenden Studenten in Italien), zudem erschöpfte sich die "Zusammen-

arbeit" ausschließlich in mehr oder weniger belanglosen Grußworten. Darüberhinaus wurde erst nach längeren Auseinandersetzungen auf Initiative der JHG's und insbesondere der Basisgruppen das Rederecht den Vertretern der ZANU gewährt.

In der Einladung des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten K. Voigt kam erneut die illusionäre Hoffnung zum Ausdruck, daß die Bundesregierung die vds finanziell unterstützen werde, was eigentlich schon seinerzeit durch die Entziehung der Gelder für die alten Studentenverbände SVI und VDS und auch den SHB klar sein mußte. Als K. Voigt dann der mv verdeutlichen wollte, in welcher Situation sich die Studenten derzeit in der BRD befänden, antworteten die BG's mit Störmaßnahmen, da sie sein Auftreten als eine Verhöhnung der Studentenbewegung ansahen.

Nach der Diskussion um die Rechenschaftsberichte begann sofort die erste Lesung der Hauptresolution.

Vorgelegt waren:

Hauptresolution MSB-Spartakus/SHB (215.)
Abschlußdokument Juso-Hochschulgruppen (285.)

Änderungsanträge zu Abschlußdokument der JHG's LHV (235.)

Abschlußresolution Teil der Basisgruppenfraktion (165.)

Anträge zu Einzelpunkten RCDS/SLH

Die BG-Fraktion legte in ihrer Gesamtheit im Verlauf der nächsten Tage einen Antrag zu einem einzigen Punkt (Frauenreferat in den VDS) vor, lehnte jede gemeinsame inhaltliche

Plattform ab, da sie die Fortführung der Aktionseinheit der bisher im Vorstand vertretenen 5 Fraktionen nicht unterstützte. Sie forderte die anderen Gruppen auf, einem Aktionsprogramm der Basisgruppen zuzustimmen, das durch die Schwierigkeiten beim Druck den Anwesenden erst sehr spät vorlag.

Auch diesmal prägten die Auseinandersetzungen über die Hauptresolution den weiteren Verlauf der VDS-MV. Erst nach der Diskussion und Abstimmung über diese Hauptresolution sollten die Einzelanträge der Asten diskutiert werden, darunter auch vier Anträge des AStA der THD. Soweit sollte es jedoch gar nicht kommen. Ein zügiges Vorgehen und auch die Diskussion von den Asten her wurde von den Auseinandersetzungen der Fraktionen über die Hauptresolution und den Bürokratismus erstickt. Zu den meisten Diskussionspunkten existierte eine ellenlange Rednerliste (30 Meldungen und mehr), die jedoch auch nicht zu Ende geführt wurde, sondern ziemlich willkürlich abgeschnitten wurde. Dadurch wurden auch unsere Wortmeldungen jedesmal von der Rednerliste gekippt.

Unsere Kritik an der VDS-MV geht also dahin, daß die AStA-Sprecher nicht zu Wort kamen und damit auch die Aktionen der Studenten und die notwendigen Berichte aus den Studentenschaften und ihre Erfahrungen nicht diskutiert werden konnten. Einzig die Fraktionsredner der politischen Gruppen hatten jederzeit das Rederecht.

Schon zu Beginn der Diskussion erklärten MSB/SHB, daß sie die Verabschiedung der Hauptresolution als Schwerpunkt der MV ansähen, die Juso-HSGen und der LHV bestanden hingegen neben der Verabschiedung eines allgemeinen Papiers auf der Verabschiedung eines Papiers, das eine konkrete Aktionsplanung der nächsten Semester enthält. Die Basisgruppen hatten lange interne Auseinandersetzungen über die Stellung zu KKW's, Frauenfrage etc., was schließlich dazu führte, daß ein Teil der Fraktion (KHB) an den Fraktionssitzungen nicht mehr teilnahmen und im weiteren Verlauf der MV häufig mit der Fraktion des MSB/SHB stimmte.

Kritik muß an dem Verhalten der Basisgruppen geübt werden, die sich nicht vor der MV einigen konnten

Über die sicherlich notwendige Abklärung wichtiger Fragen in der Fraktion wurde durch den Auszug der BG's zu überlangen Essenspausen des öfteren eine Fortführung der MV blockiert.

Auch der SHB, MSB und die Juso-Hochschulgruppen trugen zu der Verzögerung bei, daß die Fraktionen fast immer ihre Fraktionssitzungen hintereinander abhielten und die zügige Fortführung der MV somit unmöglich wurde.

Resultat: geplantes Ende:

Mitwochabend

tatsächliches Ende:

Samstagabend

Verabschiedet wurde die Hauptresolution schließlich auf Grundlage des Vorschlag des Juso-HSGen mit zahlreichen Änderungsanträgen, auf die sich MSB/SHB/JHG's und LHV weitgehend geeinigt hatten. Zudem wurden einige Vorschläge des Basisgruppen-Aktionsprogramms in die Hauptresolution übernommen.

Die Basisgruppen waren entschlossen, wenn ein Mindestmaß ihrer Forderungen an ein Aktionsprogramm nicht von der MV akzeptiert wurde, sich nicht am Vorstand zu beteiligen.

Als sich die anderen Fraktionen auf eine unbrauchbare Hauptresolution geeinigt hatten, dringende Anliegen der Studentenbewegung nicht diskutiert worden waren und ein abgeschwächtes Aktionsprogramm verabschiedet wurde, weigerten sich die Basisgruppen am weiteren Verlauf der MV teilzunehmen. Dadurch kam deutlich zum Ausdruck, daß das Verhältnis der Basisgruppen bundesweit insbesondere zur Politik von MSB/SHB auf keiner MV der VDS und schon gar nicht in einer Hauptresolution geklärt werden kann.

Somit wurde eine außerordentliche MV beschlossen (Ende Mai), auf der die Einzelanträge behandelt werden sollen und endgültig ein Vorstand gewählt werden soll.

Bisher ist lediglich von MSB/LHV/SHB/JHG's jeweils ein Vorstandsmitglied provisorisch gewählt worden. Der alte Zentralrat (Kontrollorgan des Vorstandes) blieb vorläufig im Amt.

Gegen Ende der MV wurde immer deutlicher, daß MSB/SHB auch einen Vorstand ohne Beteiligung der Basisgruppen anstrebten, um die BG's unter Druck zu setzen.

Die Juso-Hochschulgruppen bestehen dahingegen auf einen Vorstand unter Beteiligung aller bisherigen Vorstands-Fraktionen und konnten sich auch gegenüber MSB/SHB durchsetzen.

Konsequenzen und Perspektiven

Die VDS müssen vom bürokratischen Debattierklub zu einem organisierenden Faktor in der Studentenschaft werden, d. h. sie müssen die Forderungen der Studenten aufgreifen und Veranstaltungen und Aktionen mit den Asten organisieren, auf denen die Studenten zu Wort kommen können und wo über die Notwendigkeiten des Kampfes gegen das HRG diskutiert werden kann. Die a.o. VDS-MV hat unserer Meinung nach die Aufgabe, diesen Rahmen zu beschließen in der Form von Studentenkongressen, wo nicht nur die Funktionäre reden können, sondern die Studenten selbst mit ihren Erfahrungen die Diskussion bestreiten. Wenn die VDS sich weiter weigern, eine Aktionsplattform zu beschließen, die von den Erfahrungen und Forderungen der Studenten ausgeht, werden die künftigen Auseinandersetzungen über die hinweggehen und die VDS zum Schattendasein verurteilen. Die Studenten aber können auf eine nationale Vereinheitlichung nicht verzichten.

Die wichtigsten Beschlüsse:

Zum Hochschulrahmengesetz (HRG)

- Die VDS führen vor Beginn des Sommersemesters Gespräche mit allen relevanten Bündnisorganisationen, vor allem den Gewerkschaften über eine Zusammenarbeit.
- als erster Punkt für eine solche Zusammenarbeit bietet sich die Vorbereitung des 1. Mai an. Die einzelnen ASTen werden aufgefordert, umgehend mit den DGB-Kreisen darüber Gespräche zu führen.
- Im Laufe des Sommersemesters sind Aktionen und auch möglicherweise Streiks am Hochschulort sowie auf Landesebene in vielfältiger Form anzustreben. Wesentlicher Inhalt wird je nach Stand der Diskussion der einzelnen Bundesländer die Frage der Hochschulgesetzgebung sein.
- Ein Aktionsvorschlag dazu wäre, in den Ländern, wo es realistisch vorzubereiten ist, Alternativveranstaltungen im Zusammenhang mit Streikaktionen durchzuführen unter der Perspektive der Forderungen zum Hochschulrahmengesetz. In diesen alternativen Veranstaltungen wäre die Rolle der bürgerlichen Wissenschaft sowie die Möglichkeit der kontinuierlichen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Studierenden zu thematisieren. Wesentlich bleibt, daß diese Veranstaltungen und Aktionen auf die Verkehrsformen im Hochschulbereich selbst bezogen werden. Es darf nicht aktionistisch ein oder zwei Wochen an der Hochschule der Dampf abgelassen werden, sondern es kommt darauf an, die Inhalte in einer kontinuierlichen Arbeit selbst zu verankern.
- Die VDS schlagen den Fachhochschulen vor, über Aktionen im SS u. a. über einen möglichen bundesweiten Streik zu beraten und zu beschließen. Die VDS unterstützen die Aktionen der Fachhochschulen.
- Die in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften organisierten Studentenschaften werden bundesweit eine Kampagne gegen das Ordnungsrecht organisieren.
- Die VDS unterstützen eine überregionale Demonstration mit dem Mobilisierungsschwerpunkt in Baden-Württemberg gegen HRG/Landeshochschulgesetz und politische Strafverfahren in Heidelberg, die vom ASTa Uni Heidelberg oder der LAK Baden-Württemberg organisiert wird.
- Die VDS schlagen den ASTen vor, im WS einen bundesweiten Streik gegen die Verschlechterung im Bildungsbereich, d. h. für uns Schwerpunkt HRG, möglichst gemeinsam mit Schülern und anderen Bündnispartner vorzubereiten.
- Die VDS sondieren mit Schülervertretungen und Gewerkschaftsjugend Möglichkeiten der gemeinsamen Durchführung einer Kampagne für das Recht auf Arbeit und qualifizierte Ausbildung.
- Als Aktionsvorschläge am Ort:
 - + Gemeinsame Seminare und Veranstaltungen mit Einzelgewerkschaften und dem DGB zu allgemeinen Fragen der Bildungspolitik und insbesondere zu den Studieninhalten
 - + Zusammenarbeit in der Elternarbeit über den Arbeitskreis Schule/Gewerkschaft bei den DGB-Kreisen.
 - + Veranstaltungen zum Berufspraxisbezug und zu den Studieninhalten in Zusammenarbeit mit Schülern, Gewerkschaftskollegen aus den Bereichen.

Zur Ausbildungsförderung:

Die VDS fordern eine kostendeckende Ausbildungsförderungsdauer, die es Kindern aus einer sozialschwachen Schicht ermöglicht, eine qualifizierte Ausbildung zu erhalten, d. h.

- kostendeckende Ausbildungsförderung, dies war nach Auffassung von DSW und DGB anfang 1977 DM 690 Förderungshöchstbetrag und 1400 DM Elternfreibetrag
- Jährliche Anpassung der Förderungsbeträge
- Schaffung eines einheitlichen kostendeckenden Ausbildungsförderungssystems für Schule, Hochschule und Weiterbildung
- keine Studiengebühren - für volle Lehr- und Lernmittelfreiheit
- volle Berücksichtigung des Zeitaufwandes für Tätigkeiten in akademischer und studentischer Selbstverwaltung bei der Förderungshöchstdauer.
- Einbeziehung der ausländischen Kommilitonen in die Ausbildungsförderung unter Verzicht auf Vorlage der finanziellen Bescheinigung bei Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung.

Zu den Studentenwerken:

Die VDS fordern die Aufgabe des Kostendeckungsprinzips und stattdessen ausreichende Subventionierung der Studentenwerke durch die öffentlichen Haushalte.

Mit dem Kostendeckungsprinzip der Studentenwerke werden in vielen Studentenwohnheimen die Mieten drastisch angehoben. Hier ist es in vielen Fällen zu Mietstreiks und Initiierung von Mieterräten gekommen, die der überregionalen Zusammenarbeit bedürfen.

Die VDS unterstützen die verschiedensten lokalen Aktivitäten der Studenten, die im selbstorganisierten Kampf durch Hausbesetzungen, Mietstreiks, Zahlungsboykotte bei Preiserhöhungen und den erneut anstehenden Studiengebühren, ihrer verschlechterten sozialen Lage Abhilfe schaffen.

Diese Aktionen sollen durch Informationskampagnen, Spendensammlungen und Veranstaltungen an den verschiedenen Hochschulen verbreitert werden, mit dem Ziel, die Kommilitonen zum selbstorganisierten praktischen Handeln zu befähigen und damit einen Beitrag zur Verbesserung der sozialen Lage zu leisten.

Zur politischen Unterdrückung:

Mit Hilfe von nachrichtendienstlichen Mitteln (Wanzen, Richtmikrofonen, Abhörenanlagen, Spitzeln usw.) kann der Verfassungsschutz in die grundrechtlich geschützte Privatsphäre jedes Bürgers eindringen.

Die VDS fordern:

- Weg mit allen Ausbildungs- und Berufsverboten
- Einstellung der Gesinnungsschnüffelei
- Sofortige Einstellung aller vom Berufsverbote Betroffenen

- Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Betrieb und Ausbildung

Gegen diesen Versuch der Kriminalisierung und Einschüchterung aller politisch mißliebigen Äußerungen muß die VDS und alle sie tragenden fortschrittlichen Organisationen gemeinsam mit dem Betroffenen gezielte Aktionen durchführen, die eine Absicherung der demokratischen Grundrechte im gemeinsamen Kampf aller durchsetzen.

Zu den Berufsverboten:

Der Kampf gegen die Berufsverbote hat im letzten Jahr einen bedeutenden Aufschwung genommen: Vor allem durch die breite internationale Solidarität konnten in dieser Auseinandersetzung schon erste Erfolge erzielt werden (Einstellung von Berufsverbotsverfahren, Verhinderung des Sondergesetzes zu den Berufsverboten).

Die ASTen werden aufgefordert, in den Initiativen gegen Berufsverbote mitzuarbeiten. Die VDS arbeiten in der Bundesinitiative gegen Berufsverbote mit.

Zu Abrüstungsdemonstrationen:

Der VDS-Vorstand wird deshalb beauftragt, dem Zentralrat zu Beginn des Sommersemesters 1977 einen Bericht vorzulegen über die Vorbereitung und Planungen der "Initiative 'Stoppt das Wettrüsten'" für die geplanten Demonstrationen am 21./22. 5. 77. Zu prüfen ist dabei insbesondere

- inwieweit die Unterstützung der Kampagne durch die Gewerkschaftsjugend erreicht werden kann und somit eine über den Hochschulbereich hinausgehende relevante Beteiligung gesichert ist;
- inwieweit die gleichberechtigte Mitarbeit verschiedener politischer Strömungen gewährleistet und ein Übergewicht einer einzelnen Gruppierung ausgeschlossen ist.

Der Zentralrat wird beauftragt, auf dieser Grundlage zu entscheiden, ob die Teilnahme der VDS an den Demonstrationen am 21./22. 5. 77 sinnvoll ist.

Gegen die Stimmen von JHG's und Basisgruppen beschloß der Zentralrat die Teilnahme an den Demonstrationen.

Zu Internationalismusbearbeitung:

Die VDS werden in den nächsten Semestern in ihrer Internationalismusbearbeitung folgende Schwerpunkte setzen:

- Unterstützung der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika
- Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes ebenso wie der anderen lateinamerikanischen Völker
- Unterstützung des Kampfes der iranischen Studenten gegen ihre Bespitzelung in der BRD sowie in ihrem Kampf gegen das faschistische Schah-Regime.

- Unterstützung der Länder der Dritten Welt in ihrem Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung im Einklang mit den Beschlüssen der sechsten und siebten UN-Vollversammlung, der vierten UNCTAD-Konferenz und der zweiten UNIDO-Konferenz.
- Unterstützung der Aufhebung des Verbots von GUPS und GUPA als Unterorganisationen der PLO.

Zu Projektbereich Ökologie/ Kernkraftwerke:

Die VDS vertreten die Auffassung, daß man dem Bau von Atomkraftwerken nicht allein in der BRD kritisieren kann, ohne auf den Export von Kernkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen in anderen Ländern einzugehen. Bedeuten Kernkraftwerke in der BRD ein Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung, so kann ein Export in andere Länder diese Sorge um die Sicherheit nicht verwischen. Erreicht wird durch diesen, einzig um des ökonomischen Interesses wegen exportierten Kernkraftwerke zudem eine starke Abhängigkeit der Entwicklungsländer von der Technologie der Industrieländer. Angestrebt werden muß in allen Ländern eine autonome, die Umwelt nicht belastende Energieversorgung. Zur Koordination der Arbeit in diesem Bereich muß ein Projektbereich Ökologie mit Schwerpunkt Atomenergie eingerichtet werden.

Weitere wichtige Beschlüsse der vds-mv:

- Einrichtung eines Projektbereichs Frauenfragen
- Unterstützung der bundesweiten Urabstimmung, die von den Medizinstudenten in diesem Semester wegen der Einrichtung eines Praxissemesters durchgeführt wird und in der ein bundesweiter Streik der Medizinstudenten beschlossen werden soll. Dieses Praxissemester soll unter extrem verschärften Bedingungen durchgeführt werden: ohne Arbeitsvertrag, Bezahlung bei einem minimalen Urlaub. Für die Studenten, die nicht ausreichend BAföG erhalten und keine reichen Eltern haben, wird der Studienabschluß zur Unmöglichkeit.

MSB zur vds - mv in Köln

Dies ist der Bericht eines Mitglieds des MSB-Spartakus von der vds-mv. Dieser Bericht ist eine persönliche Stellungnahme und drückt keineswegs die Meinung des AstA's aus.

2. o. VDS-MV oder alles andere als "schnelle Brüder".
Zwanzigster März 77 genauso hektisch wie ereignisreich. Vormittags von Darmstadt gen Süden losgefahren, 45 km hin und 45 km zurück und das alles für eine Wählerstimme mehr. Und trotz Verdoppelung der Stimmen hat's für die 5 % noch nicht gereicht, aber was hat die Wählerentscheidung mit der 5 % Klausel zu tun. Lassen wir das. Nachmittags um 14 Uhr starteten wir, d.h. Horst als Astavertreter des MSB-Asta der evangelischen Fachhochschule und ich als Beobachter vom MSB-TH Darmstadt in Richtung Köln. Um 18 Uhr sollte die erste Fraktionssitzung des MSB stattfinden und Horst mußte sich vorher noch seine Stimme beim vds-vorstand abholen. (Je nach Studentenzahl werden Stimmen nach einem degressiven Schlüssel vergeben).

Im Autoradio hörten wir vom Juso-Bundeskongress. Gegen alle Vorhaben des alten Jusobundesvorstandes und der Mutterpartei wurde Benetter gewählt. Gleich ein Gesprächsthema. Inwieweit könnte dies Einfluß auf das Verhalten der Juso-HSG auf der MV haben. Noch Wochen vor der MV konnte man in Zeitungen lesen, daß die Jusos nicht wie bisher für einen 5er Vorstand (Juso, LHV, Basisgruppen, SHB, MSB, je 1 Vertreter) sondern für einen 7er Vorstand (Jusos, Basisgruppen, je 2 Vertreter, LHV, SHB, MSB, je 1 Vertreter) eintreten wollten. Eine Analyse der Wahlergebnisse des letzten Semesters liess die Jusos allerdings wieder etwas realistischer werden und von ihren Anti-MSB-Plänen abrücken. So zeigten sie während der gesamten MV eine recht konstruktive Haltung, wenn auch u.a. die Juso HSG der TH-Darmstadt auf dem alten Kurs der Anti MSB-Politik weitersteuerte.

also am Sonntag Abend Fraktionssitzung und danach Quartierbezug, mit entsprechendem Begrüßungstrunk, bei Kölner Genossen. Die Jusos zogen es vor im Hotel zu übernachten und die Basisgruppen suchten sich in der Mensa jeweils einen Raum, wo sie sich dann mehr oder weniger häuslich niederließen.

21.3. morgens 11 Uhr in der neuen Mensa. Wir, d.h. MSB und SHB waren startbereit. Die anderen waren noch in der Fraktionssitzung. Um es kurz zu machen, um 18 Uhr wurde die 2.o. VDS-MV eröffnet. 7 Stunden warten und es sollten nicht die letzten sein. Geduld brauchte man ^{und} nicht nur zum Warten. Es wäre mühsam das Verhalten so mancher Studentenvertreter hier zu beschreiben. Nur soviel, manchmal wünschte ich mir alle Studenten könnten dieses "Schauspiel" mitmachen, bevor sie zur Wahlurne schreiten. So kam es auch leider nicht zu einer gemeinsamen Hauptresolution aller 5 Fraktionen. Die Basisgruppen wehrten sich gegen jede politische Plattform und damit auch gegen die Möglichkeit der Kontrolle der VDS durch die Studenten. Bevor es zur endgültigen Verabschiedung der Hauptresolution kam zogen die Basisgruppen aus. Es ist zu hoffen, daß sich die Basisgruppen bis zur außerordentlichen VDS-MV Ende Mai zu einer konstruktiven Haltung

durchbringen können.

Dagegen wurde die Aktionseinheit zwischen Juso, LHV, SHB - und MSB Astengestärkt. Dies war vor allem deshalb möglich, weil sich innerhalb der Juso-Fraktion eine Grundströmung in der Mehrheit befand, die sowohl der gewerkschaftsähnlichen Interessenvertretung der Studenten gegenüber positiv eingestellt ist, als auch auf mehr Eigenständigkeit der Juso-HSG gegenüber der SPD-Führung drängt.

Die Stimmenverteilung:

MSB, SHB-Asten	ca 290 Stimmen
Basisgr.Asten	ca 190 Stimmen
Jusoasten	ca 165 Stimmen
Bündnisasten	ca 150 Stimmen

(MSB, SHB, LHV, Juso-HSG, Basisgruppen sind kaum vertreten)
KBW sowie KCDS jeweils 8 Stimmen.

Als wesentliche Punkte der Diskussion, die auch Grundlage für die verabschiedeten Aktionsvorschläge waren, wurden herausgearbeitet: im vergangenen Semester gab es die breitesten Studentenaktionen (300 000) seit dem 2. Weltkrieg. Dabei ist es erstmals gelungen das Schweigen der Presse zu brechen. Regionale und überregionale Zeitungen waren gezwungen zu berichten, denn ein bundesweiter FH-Streik und entsprechend ein Großteil der Uni's im Streik, läßt sich nicht verheimlichen. Jedoch wurde die Richterstattung oft zur Ver-

fälschung des studentischen Protestes. Als ginge es "nur" um Bafög, wurde das HRG kaum oder nur beiläufig erwähnt. Ganz im Sinne der Bildungspolitiker der Bonner Parteien, die sich bisher zu keinerlei Zugeständnissen in der HRG-Frage bereit erklärten und somit das HRG möglichst nicht in der Öffentlichkeit diskutiert sehen wollen. So ist das, zwar unzureichende, aber doch Zugeständnis in der Bafög-Frage ein Versuch der Regierungspolitiker insgesamt Dampf abzulassen, um so den berechtigten studentischen Unmut zu mindern und damit leichteres Spiel bei der Durchsetzung des HRG zu haben. Diese Härte der Herrschenden macht es notwendig, sich von studentischer Seite auf eine längere, d.h. mehrsemestrige Auseinandersetzung einzustellen.

Ein weiterer Punkt war, die große Bereitschaft der Studenten drückte sich noch nicht in entsprechenden Aktivitäten aus. Der Protest war oft nur spontan und das heißt, daß der umfassende Angriff durch das HRG auf die Studienbedingungen noch nicht erkannt ist. Daß das HRG oft noch nicht gesehen wird in seiner gesellschaftlichen Funktion, als ökonomisches Steuerinstrument und Disziplinierung der Studenten im Interesse der großen Konzerne.

Nur der Protest ist oft nur akademisch und soll er Erfolg haben, muß größere Klarheit über das gesamte Konzept der Hochschulformierung geschaffen werden, muß der Protest politischer werden, er muß außerhalb der Hochschule Solidarität finden. Entsprechend dieses Standes der Studentenbewegung einigte man sich auf eine langfristige Aktionsorientierung. Im SS 77 sollen entsprechend landesweite Streiks gegen die jeweiligen LHG's bzw. gegen Maßnahmen, im Sinne des HRG durchgeführt werden. Dabei kommt es darauf an, während der Streiks größere Teile der Studenten aktiv einzubeziehen. Hierzu sollen Alternativveranstaltungen zum Lehrbetrieb organisiert werden. Z.B. könnte man Arbeitsgruppen bilden, die sich damit befassen, wie ein Studium im Interesse der Wissenschaft und der arbeitenden Bevölkerung (einschließlich Arbeitslose) aussehen müßte. Oder die Naturwissenschaftler könnten Vertreter von Bürgerinitiativen gegen die AKW einladen und über die Verantwortung der Wissenschaftler in der Forschung diskutieren und entsprechend positive Formulierungen entwickeln, wie z.B. ein Physikstudium aussehen muß, damit am Schluß keine reinen Rezeptanwender stehen, sondern verantwortungsbewußte Wissenschaftler, die zum demokratischen Handeln fähig sind.

Mit solchen Alternativ-Veranstaltungen zeigen wir einmal, daß es uns nicht um Arzwall und Faulenzen geht, daß wir im Gegenteil studieren wollen, aber daß es uns um das wie und für wen geht. Zum anderen zeigen wir durch unser Engagement in Verbindung mit Bürgerinitiativen die Möglichkeiten einer Wissenschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und schaffen damit auch Voraussetzungen, die Solidarität der arbeitenden Bevölkerung für unsere Forderungen gegen das HRG zu entwickeln.

Die ~~weiteren~~ Aktionen im SS sollen dazu genutzt werden, die noch sehr verstreute Bewegung zu vereinheitlichen und so im WS 77 zu einem bundesweiten Streik aller noch- und nachhochschulen der

BRD zu kommen. Dazu die Hauptresolution der VDS-MV:

"Die VDS schlagenden Asten vor, im WS 77 einen bundesweiten Streik aller Hochschulen gegen die Verschlechterung im Bildungsbereich, d.h. für uns Schwerpunkt HRG und Kapazitätsabbau, möglichst gemeinsam mit Schulen und anderen Bündnispartnern vorzubereiten."

Über diese Vorschläge zur Weiterführung der Bewegung gegen das HRG muß jetzt in der gesamten Studentenschaft beraten und entschieden werden.

Also, kommt zu Vollversammlungen, werdet aktiv!

Freiabos!

Von Firmen und den Zeitungen selbst werden jährlich dem AStA eine Anzahl Freiabonnements von Tages- und Wochenzeitungen (z.B. FAZ, FR, Rheinischer Merkur) zur Vergabe übergeben.

Der AStA führt eine "Warteliste"; jeder Student, der ein Freiabonnement erhalten will, kann sich im AStA in diese Liste eintragen. Diese Liste reicht der AStA dann entsprechend bei den jeweiligen Zeitungen ein.

Dieses Angebot ist vornehmlich für finanziell schlecht gestellte Studenten gedacht, nicht so sehr für diejenigen, die sich auf "billigem" Weg noch die Zweitzeitung halten wollen!

Gewerkschaftsausschluß für Heinz Brandt ?

Zur Durchsetzung der langfristigen Interessen der Studenten, wie kostenlose Ausbildung für alle, kostendeckende Ausbildungsförderung, freie politische und gewerkschaftliche Betätigung, reichen die Kräfte der Studenten allein nicht aus. Die ökonomische Bedeutung der Studenten ist dazu nicht groß genug. Unsere Ziele können wir letztlich nur im Bündnis mit der Arbeiterbewegung durchsetzen.

Gegenüber Angriffen auf die innergewerkschaftliche Demokratie können sich die Studenten daher nicht neutral verhalten.

Schließt der DGB jetzt auch Atomkraftgegner aus?

Der Fall:

Gegen Heinz Brandt, früherer Redakteur der IG Metall Zeitung "Metall" wurde von der IG Metall ein Untersuchungsverfahren eingeleitet. Vorwurf: "gewerkschaftsschädigendes Verhalten". Zum Anlaß wurden Äußerungen Brandts aus seiner Rede in Itzehoe genommen: ... "Seit Hiroshima wissen wir, was das ist - der Atompilz. Es gibt aber auch den Atom-Filz. Gerade als Gewerkschaftler möchte ich davor warnen. (...) Unter Atom-Filz verstehe ich den reichbezahlten Gewerkschaftsbürokraten, der im Konzernaufsichtsrat und Konzernvorstand mit den Managern der Atomindustrie gemeinsame Sache macht, der mit der Atom-Lobby unter einer Decke steckt, der mit ihr widerlich verfilzt ist - zu unser aller Schaden. Er kommt uns Lohnabhängigen mit süßen Worten. Er ist es, daß überall die Lüge verbreitet, den Schwachsinn, daß dies fehlgeleitete Wachstum den Arbeitsplatz sichert, daß ohne diese hochgepöpelte Energieform die Lichter ausgingen." Ebenso vorgeworfen wird ihm seine Solidarisierung mit den

Kollegen der Berliner GEW, die aus dem Bundesverband der GEW und des DGB ausgeschlossen wurden, weil sie sich gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und damit gegen die Erdrosselung innergewerkschaftlicher Diskussion ausgesprochen hatten.

Heinz Brandt steht stellvertretend für zehntausende Gewerkschaftler. Nachdem Teile der Gewerkschaftsführung mit ihren Unvereinbarkeitsbeschlüssen meist junge, unerfahrene, linke Gewerkschaftler ausgeschlossen haben, wagen sie sich jetzt an einen Gewerkschaftler heran, dessen moralische Integrität turmhoch über jenen steht, die ihn verdammen wollen.

Heinz Brandt gab z.B. 1933 und 34 die illegale Betriebszeitung "Siemens-Lautsprecher" heraus und mußte 13 Jahre in Nazi-KZs und -zuchthäusern verbringen. Aufgrund seiner gegen die DDR-Bürokratie gerichteten Position (Beteiligung am Arbeiteraufstand 16. u. 17. Juni 1953) hat er drei Jahre in DDR-Gefängnissen gesessen. Bis zu seiner Pensionierung im August 1974 war er Redakteur der Zeitung "Metall". Ihm wird jetzt der groteske Vorwurf gewerkschaftsschädigenden Verhaltens gemacht! Inzwischen hat sich ein Komitee "gegen Verteufelung innergewerkschaftlicher Kritik" gebildet. Viele Solidaritätsadressen aus den Gewerkschaften gingen schon Stunden nach Einleitung des Verfahrens ein. Das war der Anfang, die Soliarität geht weiter - und muß münden in eine Gegenoffensive:

Gegen die Erdrosselung innergewerkschaftlicher Diskussion, für innergewerkschaftliche Demokratie!

Protesterkklärungen an den Vorstand der IG Metall in Frankfurt

HOCHSCHULENT- WICKLUNGSPLAN

EINLEITUNG

Was ist der Hochschulentwicklungsplan (HEP) und welche Bedeutung hat er für die Studenten?

Abgesehen von wenigen bundeseinheitlichen Gesetzen (z.B. HRG) üben die Bundesländer die Kulturhoheit aus, d. h. sie bestimmen eigenständig die Planung im Schul-, Ausbildungs- und Hochschulsektor.

Das hessische Kultusministerium hat jetzt einen sog. "Hochschulentwicklungsplan" entworfen, in dem sie die gesamte Hochschulpolitik der nächsten Jahre festlegt.

Deshalb ist der HEP gerade für die Betroffenen, die Studenten, von höchster Wichtigkeit. Dort werden die grundsätzlichen Entscheidungen über unsere Studienbedingungen in den nächsten Jahren gefällt.

Der HEP lag bereits Oktober/November 76 in vollständig ausgearbeiteter Konzeption vor. Es war offensichtlich zu diesem Zeitpunkt nicht beabsichtigt, die Hochschulen und die Öffentlichkeit - insbesondere aber die Studenten - in einen Diskussionsprozeß miteinzubeziehen: der HEP blieb unveröffentlicht.

Nach geringfügigen Korrekturen ging er den Präsidenten zu Beginn der Semesterferien zu, mit einer Frist zur Stellungnahme vor Ende der Semesterferien. Bisher bestand deshalb nicht die Möglichkeit, in breiterem Rahmen über diesen Hochschulentwicklungsplan zu diskutieren und Vorgehensweisen zu beschließen.

In diesem Beitrag soll über den HEP informiert werden, damit die Diskussion um den HEP endlich in

Gang kommt und konkreter geführt werden kann.

ÜBERLASTUNG AUF ZEIT ?

In den nächsten Jahren wird sich die Zahl der "Hochschulzugangsberechtigten" drastisch erhöhen. Durch die sog. geburtenstarken Jahrgänge werden sich bis 1980 die benötigten Studienplätze um etwa 75 % erhöhen (heute 165.000, 1985 ca. 280.000). In der Öffentlichkeit ist bisher aber fast gar nicht die Frage diskutiert worden, ob es sich tatsächlich nur um eine "kurze" Phase der Überbelastung von maximal 10 Jahren handelt.

Abgesehen von den allgemeinen Unsicherheitsfaktoren wird jedoch in der Planung der Bundesregierung von langfristig sinkender Studierwilligkeit der Abiturienten ausgegangen. Selbst eine Prognose des hessischen Kultusministers kommt aber zu dem Ergebnis, daß die Studentenzahlen bis über das Jahr 1995 hinaus noch erheblich höher sein wird als heute, obwohl ein Rückgang der Übergangsquote der Abiturienten auf die Hochschule von 95 auf 90 % veranschlagt wird. Bei einer gleichbleibenden Übergangsquote ergibt sich für 1995 noch immer eine Zahl von Erstsemestern für Hessen von ca. 25.000, d.h. etwa 5.000 mehr als 1976. Es ist also noch gar nicht klar, daß diese Mehrbelastung nur kurzfristig ist, es kann sich dabei auch um einen Zeitraum von 20 Jahren und mehr han-

deln. Fragwürdig wird die gesamte Planung noch insbesondere dadurch, daß als Ausgangslage, die anzustreben ist, der jetzige Status genommen wird. Bereits heute sind aber die Hochschulen bundesweit durchschnittlich zu etwa 20 % überlastet. Zu dieser Überlastung soll nun eine weiter um mindestens zusätzlich 25 % hinzutreten!

Als scheint - zumindest was Hessen betrifft - es nicht unwahrscheinlich, daß auch langfristig ein höherer Bedarf an Studienplätzen vorliegt und deshalb ein Ausbau der Hochschulen notwendig ist.

HEP-KONKRET

Welche konkreten Maßnahmen bringt der HEP?

Der Hochschulentwicklungsplan konkretisiert erstmals die Maßnahmen, die in Bund und Ländern schon seit längerem angekündigt worden sind, um die totale Überfüllung der Universitäten in den nächsten Jahren zu meistern.

Der HEP sieht vor:

für die Hochschule:

- freiwillige, nicht vergütete Erbtung von Lehrleistungen, die über die vorgeschriebenen Lehrdeputate hinausgehen;

- Wahrnehmung zusätzlicher, über das Lehrdeputat hinausgehender vergüteter Lehraufträge

für das Kultusministerium:

- Bereitstellung von Mitteln für die Vergabe zusätzlicher Lehraufträge, für die Bezahlung von Mehrarbeit bzw. Überstunden sowie den Einsatz von Tutoren und Hilfskräften;

- Einstellung von Lehrpersonal auf Zeit

Diese angekündigten Maßnahmen sind nur im Zusammenhang der bisherigen Hochschulpolitik der Landesregierung zu sehen. Wurden in den letzten Jahren schon zahlreiche Stellen von den Universitäten abgezogen, obwohl die Studentenzahlen erheblich stiegen und durch den Stellenstop Neueinstellungen verhindert oder hinausgezögert wurden, so scheint es, daß die hier angekündigten Maßnahmen diese Mißstände lediglich festschreiben.

Durch freiwillige Überstundenleistung soll der Dozentenmangel überdeckt werden, zudem ist die wissenschaftliche Qualität der Lehrveranstaltungen zumindest in Frage gestellt, wenn den Dozenten die Vorbereitungszeit eingeschränkt wird.

Die Vergabe von bezahlten Lehraufträgen und die Einstellung von Dozenten auf Zeit umschreiben ein Verfahren, das derzeit an den Schulen praktiziert wird. Der eminente Lehrermangel wird dadurch kaschiert, daß viele Lehrer mit wesentlich schlechter bezahlten und jederzeit kündbaren Zeitverträgen eingestellt werden. Ähnliches ist jetzt also auch an den Hochschulen mit dem "wissenschaftlichen Nachwuchs" geplant, als "2/3 Professoren auf Zeit" soll er die größten Lücken im Lehrangebot kleistern.

Aus dem Hochschulentwicklungsplan geht hervor, daß Hessen zwar momentan noch zu den Ländern zählt, die am meisten finanzielle Mittel pro Student aufbringen, aber diese Ausgaben sind seit Jahren sehr stark rückläufig. Die Maßnahmen, die als Zusatzmaßnahmen zur Verbesserung angepriesen werden, sind doch verschleierte Rückschritte: Die Ausgaben pro Student werden weiter sinken, bis sich Hessen dem Bundesdurchschnitt "angepaßt" hat.

für die Hochschule:

- Umverteilung von Stellen und Sachmitteln innerhalb der Hoch-

schulen zugunsten NC-belasteter Studiengänge

- Intensivierung der Ausnutzung von Räumen, soweit räumliche Engpässe der Erhöhung der Studentenzahl entgegenstehen, durch Schichtunterricht, Blockunterricht, fachübergreifende Nutzungen etc.
- teilweise Ersetzung des Präsenzstudiums durch Selbststudium mit Hilfe von Skripten oder Bereitstellung von Lehrmaterial
- Aufnutzung der Möglichkeiten des Fernstudiums durch die Hochschulen für das Kultusministerium:
 - Bereitstellung von Mitteln zur Überbrückung zeitlich auftretender räumlicher Engpässe und zur längeren Öffnung der Bibliotheken
 - Bereitstellung von Mitteln für eine gezielte Verbesserung der sächlichen Ausstattung
 - Bereitstellung von Mitteln, um die Voraussetzungen für das Selbststudium zu schaffen
 - Bereitstellung von Mitteln im Sozialbereich

Die "teilweise Ersetzung des Präsenzstudiums", der angekündigte Schichtunterricht, haben wohl die schwerwiegendsten Konsequenzen für den einzelnen Studenten.

Im Klartext bedeuten diese Maßnahmen, daß die personalintensiven Studienbereiche (Seminare, Übungsgruppen, Praktika), die gerade den wichtigsten Teil des Studiums ausmachen, eingeschränkt oder ganz abgeschafft werden. Statt Übung und Praktikum in Kleingruppen, in denen der Stoff eigentlich verstanden und erarbeitet werden muß, statt Seminaren, in denen die Diskussion in kleineren Gruppen möglich ist, wird der Studenten auf das Lesen von Büchern und Skripten zu Hause verwiesen. Abgesehen davon, daß ein Erlernen des Stoffes dadurch praktisch verhin-

det wird, erstickt eine solche Maßnahme jede kritische Auseinandersetzung mit dem gebotenen Stoff (es ist einfach niemand da, mit dem sich der Student auseinandersetzen kann).

Das Fernstudium soll auch zu ähnlichen Zwecken mißbraucht werden: Fernstudium ist sinnvoll, um z. B. gerade Leuten, die beruflich tätig sind, die Möglichkeit zur Weiterbildung zu geben. Sollen hingegen größere Teile der Studentenschaft ganz aus dem herkömmlichen Lehrbetrieb herausgenommen werden und allein auf schriftlichen Verkehr reduzieren, so bedeutet das neben dem Abbau sozialer Leistungen (Mensa für Fernstudenten?, Möglichkeit des interdisziplinären Studiums ist ausgeschlossen) auch die Entqualifizieren des entsprechenden Studienganges. Kein Mathematikstudent kann nur nach Lehrprogrammen und Büchern studieren. Zudem ist (vgl. oben) eine Hinterfragung des gebotenen Stoffes ausgeschlossen.

Räumliche Engpässe können nicht durch das Mieten einiger Räume beseitigt werden. Denn die Engpässe entstehen gerade in den speziell ausgerüsteten Labors, Praktikas, weniger an Vorlesungssälen. Glaubt man durch die Bereitstellung "normaler" Räumlichkeiten der Überfüllung entgegenzuwirken, nimmt man die Reduzierung jedes praktischen Anspruchs des Studiums in Kauf. An einem Arbeitsplatz können nun einmal nicht 2 - 3 Studentenausbildet werden.

Neben dem Schichtunterricht ist mittlerweile sogar die Erweiterung des Studienjahres von zwei Semestern auf 3 Trimester die Rede. Statt Semesterferien ein weiterer Unterrichtsblock. Das bedeutet selbstverständlich, daß die Studenten nicht mehr wie bisher in den Ferien arbeiten können, deshalb soll die Bafög-Förderung ausgeweitet werden, allerdings dann ausschließlich auf Darlehensbasis.

Da bereits jetzt an der TH viele Praktika und praktisch alle Prüfungen einen großen Teil der sog. vorlesungsfreien Zeit beanspruchen, bräuchte diese Regelung den totalen Prüfungsterror und zusätzlich eine Dequalifizierung des Studiums, da sämtliche

Ferienveranstaltungen gestrichen werden müßten.

Prinzipiell ist noch anzumerken: Die propagierte Reklame, daß sich jetzt halt alle etwas einschränken müßten, um eben die anderen nicht zu schädigen, ist verlogen. Bereits vor über 15 Jahren stand fest, daß die Jahrgänge, die jetzt Abitur ablegen, geburtenstark sind. Dennoch ist der Ausbau des Bildungswesens nicht geleistet worden, sondern gerade in den letzten Jahren immer stärker abgebaut worden. Es handelt sich also nicht um eine Katastrophe, die Regierung und Bevölkerung gleichermaßen überraschend trifft, sondern um ein bereits seit Jahren absehbares, also geplantes Fiasko im Bildungsbereich.

AUSBAU DER HOCHSCHULE ?

Die Ernsthaftigkeit, den geburtenstarken Jahrgängen gleiche Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten, wird deutlich, wenn man die Weiterführung des Hochschulausbaus genauer betrachtet. "Für das Land Hessen werde dadurch eine Überprüfung der bisherigen Planungen erforderlich, da seine Ausplanung sich ursprünglich nicht nur am Bil

Bevölkerungsanteil, sondern auch am höheren Anteil der Hochschulzugangsberechtigten orientiert hat. Durch die Umstellung auf die Zielwerte des Wissenschaftsrates ergeben sich zwangsläufig für die einzelnen hessischen Hochschulregionen von der ursprünglichen Zielplanung abweichende - geringere - Studienplatzzielzahlen."

Der Hochschulausbau soll also eingefroren werden. Das bringt konkret für die TH mit sich, daß bei in etwa gleichgebliebenen Kapazitäten 1983 etwa 16.000 Studenten dort studieren müssen, wo heute 10.500 Studenten studieren.

Eventuell wird die Belastung sogar noch höher: Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, die noch weit hinter den Kapazitätssziffern zurückstehen und bereits angekündigt haben, daß sie diese weit unterschreiten werden, können ihre geplante Studentenzahl nicht aufnehmen, d.h. nach Hessen werden noch zusätzlich Studenten "abwandern" müssen.

Eine solche Überlastung führt zum Zusammenbruch jeder qualifizierten Ausbildung. Was übrig bleibt, ist die Vermittlung von Rezepten, eine möglichst spezialisierte (weil kürzere) Ausbildung, die Universität wird endgültig zur "Ausbildungsmaschinerie für Fachidioten."

"ABSTELLGLEISSTUDIUM"

An den Hochschulen wurden in den letzten Jahren die Kapazitäten für Lehramtsstudenten drastisch gesenkt, sie werden in den entsprechenden Diplom- oder Magisterstudiengänge "umgewidmet".

Zudem wird per Kapazitätsformel das Verhältnis von Professoren zu Studenten ständig verschlechtert, die Studiengänge also künstlich entqualifiziert.

Gerade in den Gesellschaftswissenschaften wird dieses Verfahren in Hessen praktiziert. Die Lehramtsstudiengänge werden in "Abstellgleisstudiengänge" (vorneher heißt das "polyvalent") umgewandelt: die Studenten dürfen zwar noch unter immer schlechter werdenden Bedingungen studieren, aber der Beschäftigungsanspruch als Lehrer "fällt aus" und erzeugt so mangels anderer Berufschancen den Prototyp des Arbeitslosen.

In anderen Bundesländern geht diese Entwicklung sogar noch weiter: in Baden-Württemberg sollen die geisteswissenschaftlichen Fachbereich im wesentlichen ganz aufgelöst werden.

DURCHSETZUNG DES HRG's !

Der HEP setzt die Anpassung des Hess. Universitätsgesetzes (HUG) an das HRG voraus. Denn nur durch Kurzstudiengänge, Regelstudienzeit und Ordnungsrecht ist ein solcher Plan überhaupt erst durchsetzbar.

Die Regelstudienzeit soll in Hessen offensichtlich mit der Einführung der sog. integrierten Studiengänge (da dann ja die Belastung der Hochschulen durch Fachrichtungswechsler wegfällt) ver-
süßt werden.

Integriert bedeutet einerseits den Einbezug von Praxissemestern in das Studium, die Zusammenführung der FH- und der HS-Studiengänge und vor allem die Möglichkeit zu fachübergreifenden Studiengängen.

Nachdem der AStA mehrfach vergeblich versucht hatte, von der Hochschulverwaltung Exemplare der "Diskussionsgrundlage zur Entwicklungsplanung 1977/78 für die hessischen Hochschulen" zu erhalten (die gesamte Studentenschaft verfügt über ein (!) Exemplar), schrieben wir den Kultusminister direkt an.

Aus dem Antwortschreiben geht hervor, daß wir erst nach Verabschiedung des HEP den Plan zur Verfügung gestellt bekommen!

Ist das die offene Diskussion über die Planungen des Kultusministeriums?

Bei Regelstudienzeit fällt jedoch das fachübergreifende Studium praktisch unter den Tisch, da der Student die Möglichkeit zu einer echten Orientierung gar nicht besitzt, weil er sich den Zeitverlust aufgrund der Regelstudienzeit gar nicht leisten kann. Übrig bleibt allein die Zusammenlegung von FH und Uni. Das wiederum hat zur Konsequenz, daß in Zukunft nach dem Vordiplom gesiebt wird, daß ein Teil die Hochschule nach dem 6. Semester verlassen muß, nur die Elite 8 Semester studieren darf und die Elite der Elite ein wirklich wissenschaftliches Aufbaustudium machen kann.

Der HEP enthält eine Reihe weiterer Maßnahmen, die insbesondere fächerspezifisch wirksam werden. Hierüber muß so schnell als möglich in den einzelnen Fachbereichen informiert und diskutiert werden.

Teile vom Hochschulentwicklungsplan (insbesondere die fächerspezifischen Maßnahmen) sind in der "Hochschule" Nr. 71/72 abgedruckt.

Der AStA erklärt dazu: das Vorgehen des Kultusministeriums zeigt wieder einmal deutlich, daß es ihm nicht um die Diskussion mit den Betroffenen geht, sondern allein um die Verabschiedung seiner Vorlagen durch den Landtag in Schnellverfahren. Nichtsdestotrotz werden wir versuchen, die wesentlichen Teile des HEP in der Studentenschaft zu diskutieren und den Widerstand der Studenten gegen diesen Plan zusammenzufassen. Davon wird uns auch die Informationspolitik des Kultusministeriums nicht abhalten können.

HRG UND AG GEIST

§ 9 des HRG sieht Studienreformkommissionen vor zur "Förderung der Reform- von Studium und Prüfungen". Die Länder sollen gemeinsame Studienreformkommissionen bilden (Abs. 1). Studenten sind offensichtlich nicht ausdrücklich vorgesehen: "... Vertreter aus dem Bereich der Hochschulen, von staatlichen Stellen sowie Fachvertreter aus der Berufspraxis" (Abs. 3) sind zu beteiligen. Das bedeutet auf jeden Fall auch, daß Studenten kein Vetorecht o.ä. haben werden.

Ausdrücklich vorgesehen sind aber Vertreter aus der Berufspraxis, eine sehr ungenaue Formulierung. Das kann der Generaldirektor vom Konzern X sein oder der freundliche Kollege von der REFA, aber auch ein Arbeitswissenschaftler oder ein gewöhnlicher Ingenieur. Auf jeden Fall unterliegt die Bildung der Kommission dem Kumi (Abs. 2).

Die "Empfehlungen" dieser Kommission beziehen sich u.a. auf "für den jeweiligen Studiengang angemessenen Regelstudienzeiten" (Abs. 4 Punkt 3). Weigert sich ein Fachbereich, so können aus den Empfehlungen Ersatzvornahmen werden. Bis jetzt fehlen die rechtlichen Grundlagen für die Einrichtung der Studienreformkommissionen in den Ländern, in denen die Landesgesetze noch nicht an das HRG angepaßt sind - so auch in Hessen. Andererseits wurde durch ZVS und NC in den vergangenen Semestern hunderten von Studenten der Zugang zum Studium mit Staatsexamensabschluß verwehrt; sie wichen zum großen Teil auf Magisterstudiengänge (Sprachen, Geschichte, Politik, Soziologie) aus, haben aber mit dem Magisterabschluß noch geringere Berufsaussichten als in anderen Studiengängen. Um diesen Mißstand eines "Studiums in die Sackgasse" zu beheben, richtete der hess. Kumi die "Arbeitsgruppe Geisteswissenschaften" ein.

Per Erlass forderte der Kumi die hessischen Unis und Hochschulen auf, jeweils einen Vertreter in diese "AG-Geist" zu entsenden.

Für uns an der TH ist es wichtig zu wissen, daß sowohl der Konvent wie auch der Ständ. Ausschuß I es ablehnen, an Studienreformkommissionen mitzuarbeiten. Als der Erlaß des hess. Kumi die TH aufforderte, einen Vertreter in die AG Geist zu entsenden, beschloß deshalb der zentrale Lehr- und Studienausschuß, keinen Vertreter vorzuschlagen. Auf einer Konferenz der hessischen Universitätspräsidenten (KHU) am 10. u. 11.12.76 wurden 5 Professoren - darunter v. Aretin (FB 2 THD) für die "AG Geist" nominiert, außerdem 2 wissenschaftliche Mitarbeiter und 1 Marburger Student. Inzwischen ist die AG um 3 Ministerialvertreter, 2 Berufspraktiker (einer davon sinnigerweise von der Arbeitslosenvermittlung) und 1 Student angewachsen.

Obwohl die THD offiziell keinen Vertreter entsandt hat, ist jetzt Prof. von Aretin (FB 2 THD) - wohl durch persönliche Bekanntschaft mit dem Frankfurter Präsidenten Krupp und sonstigen informellen Kontakten - Mitglied der "AG-Geist". Er wurde als einziger Hochschullehrer nicht vorgeschlagen, sondern lediglich vom Kumi ernannt! Nach eigenen Aussagen versteht von Aretin seine Arbeit in dieser AG nicht als Vertreter der THD, sondern als Vertreter des Verbandes der Historiker Deutschlands. Mittlerweile ist Prof. von Aretin auch zum Vorsitzenden der AG-Geist gewählt worden. Er unterläuft durch sein Verhalten nicht nur Beschlüsse der zentralen Selbstverwaltungsgremien der THD, sondern unterstützt damit auch aktiv die vorzeitige Umsetzung des HRG's in Hessen!

Aus den bisherigen Sitzungen geht hervor, daß ein neuer MAGISTERSTUDIENGANG MIT 6 SEMESTERN REGELSTUDIENZEIT und ZWANGSEXAMINISTRATION eingerichtet werden soll. (vgl. § 9 Abs. 4.3 HRG!). Zugegebenermaßen könne dmailto (laut Vera Rüdiger, Staatssekretärin des Kumi) die Ein-

schränkungen der Lehrereinstellungen nicht aufgehoben werden. Ebenfalls könne dieser neue Studiengang nur einem Bruchteil der Studenten einen Arbeitsplatz garantieren. Dieser kastrierte Studiengang soll indes so flexibel sein, daß sich das Berufsfeld auch auf das Gebiet der Fremden- und Reiseführer ausrichten kann. Das spricht eine deutliche Sprache. UMSETZUNG DES HRG IN STUDIENREFORMKOMMISSIONEN, wobei die AG Geist als ausgereifter Vorgänger zu begreifen ist.

Um nun zu verhindern, daß weitere Informationen und Details in die Öffentlichkeit dringen, beriet die

AG auf Antrag des Vorsitzenden bereits über Schweigepflicht der Mitglieder, insbesondere der Studenten. (vgl. § 9 Abs. 3 HRG)

Die betroffenen Fachschaften in Hessen planen gemeinsame Schritte gegen den Abbau der Lehramtsstudiengänge und gegen die vorzeitige Umsetzung des HRG.

Im übrigen: Die Landes-Asten-Konferenz betrachtet die studentischen Mitglieder ausschließlich als Beobachter; im Falle der Verhängung der Schweigepflicht werden die Studenten zurücktreten.

Asta Service : Bus - Verleih

Der ASTA verleiht mittlere oder zwei Fahrzeuge, einen VW-Kastenwagen für Transporte und einen VW-Bus, der für Transporte oder mit Sitzbänken für Ausflüge genommen werden kann. Für Terminabsprachen und Vertragsabschluß beim ASTA-Büro vorbeikommen. Der Wagen wird dann von der Shell-Tankstelle in der Macaulanenstraße (Ecke Alexanderstraße) herausgegeben.

Die Kosten lassen sich aus der nachstehenden Liste entnehmen. Bei Vertragsabschluß ist eine Anzahlung von 20,00 DM zu entrichten, die mit dem Rechnungsbetrag verrechnet wird. Um eine annähernde Auslastung zu garantieren, wird ein Mindest-Rechnungsbetrag von 20,00 DM pro angefangenen Tag der Entleiher vereinbart.

Grundgebühr pro Vertragsabschluß	8,00 DM	Der Wagen ist gut versichert: - Haftpflicht - Insassen - Vollkasko mit 300 DM Selbstbeteiligung - Rechtsschutz
Preis pro Stunde	1,00 DM	
oder		
Preis pro Tag (bei mehr als 8 Stunden Benutzung)	8,00 DM	
Preis pro km	0,22 DM	

Die Benzinkosten sind vom Benutzer zu tragen. Der Wagen wird voll getankt zur Verfügung gestellt und wird bei der Rückgabe wieder aufgetankt.

Der Bus wird auch für längere Urlaubsfahrten zur Verfügung gestellt. Je nach Km-Zahl können wir dann günstigere Preise anbieten.

Leider kann aus versicherungsrechtlichen Gründen nur ein Student der THD als Entleiher auftreten.

VDS - PROJEKTBEREICHE

Am 29. - 30.1.77 sollte im Raum 11/100 ein Seminar des Projektbereichs Internationalismus stattfinden, wozu insbesondere die Ausländerreferenten der Mitgliedsasten des VDS eingeladen waren.

Die Themen waren: Lage der ausländischen Studenten in der BRD (z. B. Studienkolleg in Schleswig-Holstein)
Politische Lage in Palästina und Südafrika
Wahl eines neuen Projektbereichssekretärs.

Die Organisation übernahm der Geschäftsführer des VDS, Klimmek, und der AstA der TH. Klimmek lud die Asten ein und wir organisierten den Raum.

Außer uns haben zahlreiche andere Asten keine Einladung bekommen und sind nicht erschienen. Der VDS - respektive die Abteilung Internationalismus - erschien ebenfalls nicht. Somit wurde weder ein Projektbereichssekretär gewählt, was nach zwei Jahren unbesetztem Sekretariat endlich hätte geschehen müssen, noch wurde eine inhaltliche Diskussion geführt, was wohl weiterhin kennzeichnend ist für die Internationalismus-Arbeit des VDS.

Einige Ausländerreferenten waren verständlicherweise empört und schrieben eilig eine Protesterklärung, die auch an den AstA der THD adressiert war.

Wir erklären dazu, daß wir für diese Schlampereien keine Verantwortung übernehmen und nichts dafür können, wenn dieses Seminar nicht beschlußfähig war und deshalb keinen Sekretär wählen konnte.

Vom 23. 2. - 25. 2. 77 fand im Finsterbrunnertal bei Kaiserslautern ein Seminar des Projektbereichs (PB) Bildungsplanung statt.

Thema: Verfasste Studentenschaft und Studentenbewegung. Im Verlauf der Diskussion, zunächst an einem Papier von Ali Schmeissner(BG), wurden die wesentlichen Unterschiede

und Hintergründe der Studentenbewegung der sechziger Jahre im Vergleich mit der heutigen Bewegung, die nicht nur an den Septemberstreiks zu bemessen sind, herausgearbeitet. Unter Verzicht einer Analyse der historischen Entwicklung der verfaßten Studentenschaft, wurden die Angriffe, wie Amtsenthebungen, Relegationen, Strafen wegen Wahrnehmung des politischen Mandats etc. langsam in die Diskussion eingebracht. Als zentraler Punkt stellte sich die Klassenlage der technischen Intelligenz und der Studenten heraus. Erst eine solche Klassenanalyse ergäbe Strategie und Taktik der Abwehr der Angriffe auf die verfaßte Studentenschaft und lasse Kampfformen erst möglich werden, die Ziele erreichen könnten in denen die Forderungen der heutigen Studenten verwirklichtbar wären. Am Ende des Seminars sollte ebenfalls ein Projektbereichssekretär gewählt werden, was wegen Beschlußunfähigkeit scheiterte. Dieser PB arbeitete allerdings in letzter Zeit besser als der PB- Internationalismus Er erarbeitete den Bereich der Praxissemester der Fachhochschulen und brachte dazu Materialien heraus.

Asta Service : Rechtsberatung

Auf Grund eines Beschlusses des Studentenparlamentes hat der AstA mit einem Darmstädter Anwaltsbüro ein Pauschalabkommen über ständige Rechtsberatung getroffen. Das hat für uns den Vorteil, daß sich dieses Büro, bei dem zwei Anwälte und eine Anwältin zur Verfügung stehen, auf studentische Rechtsfragen (Bafög, HRG, etc.) spezialisieren kann.

Die kostenlose Beratung muß im AstA-Büro beantragt werden. Sie beinhaltet anwaltliche Schreiben, aber keine Gerichtskosten! Die Beratung wird für Studiumsbezogene Fragen und zur Zeit für Mietstreitigkeiten erteilt. Sollte der Umfang der Rechtsberatung unerwartet hoch werden, können Mietangelegenheiten nicht mehr beraten werden - oder wir müssen eine Gebühr nehmen. Darum kommt bitte nur, wenn's wirklich brennt.